

BÜNTETÉSEK ÉS INTÉZKEDÉSEK (STRAFEN UND MASSNAHMEN)

GYÖRGYI KÁLMÁN

KJK. Bp. 1984, 439 p.

Der an die Langsamkeit des ungarischen Verlagswesens gewohnte Leser ist schon nicht mehr überrascht, wenn er eine Arbeit über eine ursprünglich neue Rechtsinstitution in Buchform nur als rechtsgeschichtliche Erarbeitung gestriger Probleme in die Hand nehmen kann. Warum sollte er es auch sein, wenn er sich auch bereits damit abgefunden hat, daß unsere Gesetzbücher – ohne Modifizierung – im Durchschnitt ein Alter von zehn Jahren erreichen. Trotzdem ist er angenehm überrascht, wenn er die Györgyi-Monographie liest, die das – sich dem gereiften Mannesalter nähernde – StGB behandelt. Es mag sein, daß die Abhandlung vor fünf Jahren entstanden ist, dennoch ist dieses Buch keine Sammlung veralteter Gedanken, die zu toten Buchstaben erstarrt sind. Durch die in der Anschauung des Autors verborgene Neuartigkeit wurde die Frische seiner Aussage bewahrt. Kálmán Györgyi hat es nämlich übernommen, solche Werte aus der nahen Vergangenheit der Entwicklung des ungarischen Strafrechtes aufzuzeigen, die auch beachtenswerte Ergebnisse des anderthalb Jahrhunderte alten strafrechtlichen Denkens sind. Und das ist in unseren Tagen keine wirklich dankbare Aufgabe. Schließlich lohnt es sich in unserer Zeit auch fachlich oft mehr, die mit dem Tagesruhm einhergehenden Wahrheiten in Forint umzuwechseln.

Die in der Rechtsliteratur in diesem Themenkreis zur Sprache kommenden Autoren haben sich – von wenigen Ausnahmen abgesehen – zum großen Teil nur mit den im Ruhezustand befindlichen, das heißt mit den alltäglichen Problemen des geltenden Strafsanktionensystems beschäftigt. Kálmán Györgyi dagegen führt seine Leser vom Beginn der zur Befreiung neu anfangenden rechtlichen Zeitrechnung durch die – mit den Worten des Autors ausgedrückt – überraschenden Veränderungen des Systems der Strafen und Maßnahmen. Denn auch darin bestand in den vergangenen dreißig Jahren kein Mangel. Der Autor skizziert dennoch nicht nur die heute ohne besonderen Mut kritisierbaren Umwege der fünfziger Jahre, sondern verfolgt auch die überraschenden Veränderungen der Gesetzgebung, Rechtsanwendung und Rechtswissenschaft der seither vergangenen Zeit, die fast ein Menschenalter beträgt. Es mag genügen, wenn ich nur auf den Freiheitsentzug von unbestimmter Dauer, die verschärfte Haft oder die Komplikationen hinsichtlich der Besserungs- und Erziehungsarbeit verweise.

Die Györgyische Erarbeitung der Geschichte der Strafen und Maßnahmen ernährt sich zugleich aus der Vergangenheit und liefert einen Maßstab zum Verständnis und zur Bewertung der Gegenwart. Das Werk liefert die Freude der Entdeckung einer solchen Epoche, die nicht so sehr infolge des Unfließes der jüngeren Juristengeneration aus deren Studien herausblieb, sondern eher infolge des historischen „Weitblickes“ ihrer

Lehrbücher. Endlich fällt Licht auf ein im Dunkel verlorenes oder vielleicht absichtlich vergessenes Zeitalter. Es stellt sich heraus, daß die Verbindung zwischen dem Csemegei-Kodex, der zu Ende der Horthy-Ära schon fast sinnverkehrt war, und dem ersten StGB nicht nur in der Negation der Negation besteht. Auch damals bestand ein theoretisch absolut nicht entschiedener Kampf zwischen sehr ernstesten wissenschaftlichen Anschauungen und unterschiedlichen Richtungen. Infolgedessen kann jeder jüngere Jurist den Band mit Nutzen lesen, wenn er seine eventuellen Mängel in der Kultur des Strafrechtes ergänzen möchte.

Natürlich hat Györgyi, seiner Absicht nach, nicht nur einen Lehrhilfsstoff verfaßt, sondern einen solchen wissenschaftsgeschichtlichen „Roman“ des ungarischen Sanktionensystems der vergangenen dreißig Jahre geschrieben, der viel mehr zum Inhalt hat und sich an einen breiteren Leserkreis wendet. Dem verständlichen Leser liefert er zu beachtende Lehren der an Wendungen reichen Rechtsentwicklung in unserem Land. Er ist auch imstande, verständlich zu machen, daß auch die – nachträglich als die schlechtesten qualifizierten – Augenblicke der Modifizierung des Verantwortungssystems nicht unbedingt zu negieren sind, denn die gerade geltende rechtliche Regelung stellt nicht mehr dar, als eine der möglichen Lösungen der gegebenen strafpolitischen Zielsetzungen. Ebenfalls kann aus der fachlichen Erinnerung nicht spurlos ein öffentlich formulierter Gedanke gestrichen werden, denn auch dieser lebt in der Stetigkeit weiter, dessen letzte Station das Strafgesetzbuch von 1978 darstellt.

Man kann mir vorwerfen, daß dies auf diese Weise, wortwörtlich nirgends vom Autor formuliert wurde, sondern lediglich eine willkürliche Erklärung meinerseits darstellt. Ich weiß, es ist eine schwache Entschuldigung, sich auf die Kette der zwischen die Zeilen beabsichtigten Gedanken, auf das nach Lesen des Buches entstehende Bild zu berufen. Es ist überzeugender, wenn ich die Struktur des Buches erwähne, die mit der – trockenen erscheinenden – Nebeneinanderstellung der Veränderungen der strafrechtlichen Folgen nicht nur dem Nacheinander der Zeit wegen in das geltende Gesetz mündet. Es ist eher annehmbar, wenn der Kritiker auch die Verantwortung dieser Erkenntnis dem Autor überträgt. Györgyi hat nämlich keine traditionelle strukturelle Lösung gewählt. Er verfolgte nicht den bewährten Weg des Buch- und Aussagenaufbaues, als er – nicht am Ende des Buches – in einem gesonderten Kapitel die theoretischen Lehren der Entwicklung des ungarischen Sanktionensystems zusammenfaßte, wie dies üblich ist. Leider wurden die letzten sechszehn Zeilen des Buches mit dem Titel „Die Einschätzung des neuen Kodexes“ versehen, als hätte er – der Tradition folgend – dennoch ein Abschlußkapitel verfaßt. Es wäre wirklich sonderbar – auch des Umfanges wegen – wenn dies die Zusammenfassung wäre, welche aufgrund der Gesamtheit des Buches von dem nach vielseitig begründeter prinzipieller Reinheit strebenden Autor Kálmán Györgyi gegeben wird. Die prinzipielle Klärung, die theoretische Verallgemeinerung wurde vom Autor tatsächlich in Verbindung mit den Veränderungen des Verantwortungssystems durchgeführt. Dem entstammt die Möglichkeit des Mißverständnisses.

Ohne den Blick auf die „ungeschriebene“ Aussage von Kálmán Györgyi ist die ganze Annäherung an sein Buch auch schutzlos den Einwänden gegenüber, die dem Autor den Mangel der Vorstellung des geschichtlich-politischen Hintergrundes in Rechnung stellen. Denn es ließ sich auch schon so eine Meinung hören, daß Györgyi nur die Welt unter der Hülle der statischen Bilder der nacheinanderfolgenden Kodifikationen vorstellt. Es besteht kein Zweifel, daß die wegen des veränderlichen politischen Klimas oft stolpernde Strafrechtstheorie und -praxis aus dem Untersuchungskreis herausgeblieben sind, doch dies geschah absichtlich. Der Autor erkannte, daß die politisch-soziologische Analyse die Verfassung einer anderen Art von Studie erfordert hätte. Kálmán Györgyi hätte dann einen Fehler begangen, wenn er als einer der hervorragenden Vertreter des ungarischen strafrechtlichen dogmatischen Denkens nicht einen solchen Gesichtspunkt wählt, mit dem „... die Werte der Vergangenheit der ungarischen Rechtsentwicklung, der Rechtsetzung, Rechtsanwendung und Rechtsliteratur... in einer zusammenfassenden Arbeit bilanziert werden, wobei die bleibenden Werte hervorzuheben sind und dem Vergesenen überlassen, was sich als vergänglich erwiesen.“¹

Dieser Autorenabsicht also ist die Gesamtheit des Buches gegenüberzustellen, um eine ehrliche Meinung bilden zu können.

Das erste Viertel des Buches behandelt die Entwicklung des strafrechtlichen Sanktionensystems von 1945 bis zum Erscheinen des 1978 angenommenen StGB. Außerordentlich interessant sind die Feststellungen, die in Verbindung mit der in den ersten Jahren nach der Befreiung stattgefundenen Diskussion zum Tat- und Täter-Strafrecht getroffen werden.

Die damals übliche Polemik stellte die vorschnelle Lehre auf, daß sowohl in Inhalt als auch in der Methode das sowjetische Muster befolgt wurde und daß die Entwicklung des ungarischen Strafrechtes bis 1945 vom deutschen und nach der Befreiung von sowjetischen Strafrecht beeinflusst wurde. Györgyi umging diese Falle der Vereinfachung, und sah richtig, daß die strafrechtswissenschaftliche Forschung mit der Analyse von rechtlichen und außerrechtlichen Faktoren hinter den Veränderungen schuldig blieb und gerade deswegen im positiven Recht so viele „überraschende Veränderungen“ aufzufinden sind. Er unternahm den Versuch, die bestimmenden Kräfte hinter den hauptsächlichsten Wendungen der strafrechtlichen Regelung aufzudecken. Und dies ist vielleicht der Punkt, an dem die Untersuchung der rein rechtlichen Komponenten um etwas überschritten werden sollte.

Györgyi befolgte die Methode, die Veränderungen der rechtlichen Regelungen im Lichte der in der Rechtsliteratur erschienenen Stellungnahmen zu widerspiegeln. So verbleibt dennoch im Leser ein Mangelgefühl, auch wenn mit wunderbarer Präzision und Gründlichkeit angefangen von der Motivierung zu den Rechtsregeln über die Lehrbücher hinweg eine Masse von Artikeln und Studien aus der rechtlichen Fachpresse erwähnt werden. Denn vom Hörensagen oder aus Erfahrung weiß man, daß außer den wissenschaftlichen Anschauungen und Vorstellungen vielerlei gesellschaftlich-politische Kräfte in einer herausgegebenen Rechtsregel erschei-

nen. Der Leser kann sogar dem Irrtum zum Opfer fallen, als würde zwischen den Stellungnahmen in der Fachliteratur und der Gesetzgebung ein ursächlicher Zusammenhang bestehen. Daß dies nicht so ist, weiß der Autor sehr genau. Als Teilnehmer an den Vorarbeiten zum Gesetz des Jahres 78 konnte er erfahren, aus wieviel Orten das Grundmaterial der Hexenküche der Kodifikation stammt. Und auch die Tatsache, daß darunter die Rechtswissenschaft nur einen Ort darstellt, und nicht einmal immer den wichtigsten. Die Wechselwirkung von Gesetzgebung, Rechtsanwendung, Rechtswissenschaft und den außerrechtlichen Faktoren bzw. die Beantwortung zahlreicher Fragen in dieser Hinsicht wird vom Autoren zumeist der Phantasie des Lesers überlassen.²

Den Schwerpunkt des Buches bildet zweifellos dessen zweiter Teil, in dem in Verbindung mit dem Gesetz des Jahres 1978 einerseits die von der strafrechtlichen Gesetzgebung aufgeworfenen theoretischen Fragen der Reihe nach behandelt werden, wie zum Beispiel die Abgrenzung zwischen neuem StGB und Tat-Strafrecht oder Strafen und Maßnahmen, das Problem des Strafzieles usw., andererseits werden einzelne Elemente des Sanktionensystems behandelt und weiterhin die theoretischen Fragen der Strafzumessung.

Eines des bedeutendsten theoretischen Ergebnisse des zweiten Teiles besteht in Beweis dessen, wie sehr und inwiefern die Prinzipien des Tat-Strafrechtes in geltenden Verantwortungssystem zur Geltung kommen. Der Autor weist, gestützt auf die historischen Tatsachen der Rechtsentwicklung, sehr überzeugend nach, daß auch das sozialistische Strafrecht die Gewährleistung der sich an die Forderung nach Gesetzlichkeit anschließenden gesellschaftlich-politischen Interessen in der Geltendmachung der Prinzipien des Tat-Strafrechtes gefunden hat. Wenn also Györgyi aufgrund der Analyse des StGB von 1978 feststellt, daß „... das Verantwortungs- und Strafsystem des neuen StGB auf tatstrafrechtlichen Prinzipien beruht, in der Regelung der Maßnahmen jedoch in beträchtlichem Maße andere Grundsätze zur Geltung kommen“,³ bedeutet das nicht irgendeine Anklammerung an den rechtlichen Formalismus des vergangenen Jahrhunderts. Es ist lediglich die Einsicht der Tatsache, daß noch nichts Besseres erfunden wurde; nur die Tat-Strafrechtsanschauung ist in der Lage der doppelten Erwartung zu entsprechen, gerecht zu sein und zugleich die verfassungsmäßigen Garantien der persönlichen Freiheit der Staatsbürger zu gewährleisten. Györgyi sieht aber auch sehr klar, daß das Sanktionensystem über solche Gebiete verfügt, besonders in Kreis der Maßnahmen in erster Linie hinsichtlich der Jugendlichen bzw. der Rückfälligen, welche sich nicht in das tatproportionelle Verantwortungssystem einfügen, auch wenn ihre Notwendigkeit durch kriminalpolitische Überlegungen erwiesen ist.

Györgyi muß sich – grundlegend der rechtsoglichen Annäherung wegen – im Interesse der Auflösung des obigen Widerspruches mit der Abgrenzung von Strafen und Maßnahmen beschäftigen. Diese Tatsache aber macht es unumgänglich, daß er auch Stellung zu den spezifischen Zügen der Maßnahmen und dem allgemeinen Begriff der Maßnahmen nimmt.

Seine Darlegungen erklären, daß die wesentlichsten Veränderungen im Sanktionensystem auf dem Gebiet der Maßnahmen erfolgten, während in der Theorie noch immer viele ungeklärte Fragen bestehen. Auch er übernimmt keine begriffliche Definition, dennoch trägt seine Unterscheidung zwischen den Maßnahmen der Verantwortungs- und Nichtverantwortungssanktionen bahnbrechenden Charakter, denn diese Art der Klassifizierung führt schon sehr nahe an die Lösung des Problems.

Der reifste und deshalb wertvollste Abschnitt der Monographie ist der über die Strafzumessung geschriebene Teil. Györgyi faßt die Erfahrungen langer Jahre der Forschung und Unterrichtsarbeit zusammen und verlegt neben der Darstellung der theoretischen Grundfragen der Strafzumessung das Gewicht auf die Dogmatik der Strafzumessung. Seine wichtigste Feststellung ist, daß im Prozeß der Strafzumessung der grundlegende Bezugspunkt entsprechend des tatstrafrechtlichen Prinzips die Gesellschaftsgefährlichkeit der Handlung ist, in Vergleich zu der jeder sonstige Strafzumessungsumstand, wie zum Beispiel die Schuld oder die Gesellschaftsgefährlichkeit des Täters nur von ergänzender und sekundärer Bedeutung sind. In Verbindung mit der Proportionalität der Strafe drückt er aus, daß „... das proportionale Strafsystem in der Rechtsentwicklung der vergangenen drei Jahrzehnte über keine reale Alternative verfügte und wir der Ansicht sind, daß in einsehbarer Zeit auch keine existieren wird.“⁴

Im Laufe der dogmatischen Analyse der Strafzumessung kritisiert er das Prinzip der sog. mittelmäßigen Strafe und die Inkonsequenz der sich auf die Strafmilderung beziehenden Lösungen des neuen StGB. Seine Kritik ist nicht nur theoretisch begründet, sondern kann auch in großem Maße zur Klärung der bei Anwendung des Gesetzes auftauchenden Rechtsinterpretationsprobleme beitragen.

Unbedingt zu würdigen ist der Stiel des Buches, und dies auch dann, wenn ich mit Vorbehalt jede solche Monographie in die Hand nehme — unter Beachtung des Problems der Vagheit —, welche in der ersten Person des Plural verfaßt wurde. All dies wird aber dadurch vergessen, in welcher Weise Györgyi seine Arbeit verfaßt — erinnernd an die namhaftesten Vertreter der Strafrechtswissenschaft. Er befolgt nicht die leider sehr verbreitete Mode, mit der die Wissenschaftlichkeit des Werkes nur in einem, einen engen Kreis von Lesern verständlichen Jargon nachgewiesen wird.

Somit ist die Arbeit von Kálmán Györgyi nicht nur ein Werk von lückenfüllendem Charakter und Inhalt, sondern auch wegen der Art seiner Darlegung ein würdiges Stück der Literatur der Strafrechtswissenschaft.

ANMERKUNGEN

¹ Op. cit. p. 9.

² Zur Entschuldigung des Autors sei bemerkt, daß auch daβ Interesse der rechts- und staatswissenschaftlichen Forschungen sich erst in der allerletzten Zeit der tieferen Untersuchung der Gesetzgebung zugewandt hat. Z.B. „A jogalkotás jogpolitikai elvei“ (Die rechtspolitischen Prinzipien der Gesetzgebung), IM-Studienband (Redakteur der Reihe: Tibor Lukács), Bp. 1983, oder Pokol, Béla: Törvényelőkészítésünk problémái (Probleme unserer Gesetzesvorbereitung), in: FIOK I.Bd., Bp. 1981, p. 7–25. Auch das Justizministerium begann erst 1984 mit der Veröffentlichung der Quellensammlung zu den Vorarbeiten des StGB. Siehe: „Az 1978. évi IV. törvény (Btk) előkészítése“ [Die Vorbereitung des Gesetzes IV von 1978 (StGB)], Band I.

³ Op. cit., p. 131.

⁴ Op. cit., p. 266.

CSABA KABÓDI